

Bildungskonferenz des DGB in Hannover fordert Chancengleichheit

## Eine andere Bildungspolitik für Niedersachsen



Foto: Helga Papendick-Apel

**Resümee:** Moderatorin Heike Stark, Prof. Dr. Michael Vester, Prof. Dr. Ulrich Herrmann und Thomas Ressel.

Unter diesem Titel veranstaltete der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt in Hannover eine Bildungskonferenz, an der ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Gewerkschaften und Verbänden, Institutionen sowie aus dem Schulbereich teilnahmen.

In seiner Begrüßung forderte der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle ein Bildungssystem für Niedersachsen, das mehr Chancengleichheit ermöglicht. Mit der Einführung des dreigliedrigen Schulsystems nach der vierten Klasse sei die Ausgrenzung sozial schwacher Schülerinnen und Schüler verschärft worden. Deshalb seien unter anderem eine gemeinsame Schule für alle und die Einführung der Lernmittelfreiheit dringend erforderlich. Er wies in seinem Beitrag auch auf die katastrophale Situation auf dem Ausbildungsmarkt hin. In Niedersachsen klafft noch immer eine große Lücke zwischen den über 70.000 gemeldeten Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, und den gut 47.000 gemeldeten Ausbildungsstellen. Besonders problematisch ist die Zahl der Altbewerber, die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber aus den Vorjahren ist so hoch wie nie zuvor.

Prof. Dr. Michael Vester, Leibniz-Universität Hannover stellte in seinem Eröffnungsreferat „Chancengleichheit durch Bil-

dung, Sortierung nach Herkunft – ungleiche Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland“ fest, dass es nirgends einen so starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schullaufbahn gibt wie in Deutschland. Die PISA-Studien bestätigen, dass Kinder von Arbeitern, Angestellten und Landwirten am wenigsten von der Bildungsexpansion profitierten. Die Gründe liegen dabei nicht in einer bewussten Ausübung nach Beruf oder Budget der Eltern durch die Lehrerinnen und Lehrer oder die Schulen. Vielmehr wirken das dreigliedrige System der Schulbildung und subtile Kulturschranken darin zusammen, ungleiche Bildungschancen zu verfestigen. Es gibt zwar eine fördernde Pädagogik, aber sie setzt nicht zielgerichtet bei den Stärken und Schwächen der einzelnen Milieus an.

In den drei daran anschließenden Foren wurden zu den Bereichen

- Elementarbereich
  - Schule
  - Berufsbildung
- referiert und diskutiert.

Im Forum 1: Auf den Anfang kommt es an – Weichenstellung im Elementarbereich stellte Frau Dr. Preissing, Freie Universität Berlin fest: „Die gegenwärtige Situation braucht mehr entdeckende, forschende,

querdenkende und erfinderische Problemlöserinnen und weniger Kinder und Jugendliche, die nur vorhandenes Wissen und Können reproduzieren. In den KITAS braucht es deshalb neugierige Pädagoginnen und Pädagogen und Eltern, die sich mit Kindern auf die Fragen und Risiken des Lebens einlassen, auch um selbst zu lernen und weniger „Besserwisser“.“

Das Forum 2: Eine gemeinsame Schule für alle! Chancengerechtigkeit durch Individualisierung, in dem Prof. Dr. Ulrich Herrmann, Tübingen, referierte, befasste sich intensiv damit, dass in Deutschland das öffentliche staatliche Schulwesen entgegen seinem Auftrag in der Länderverfassung eine Quelle und ein Stabilisator sozialer Ungleichheit ist, dass aber eine gemeinsame Schule für alle nach den herkömmlichen deutschen Vorstellungen und Erfahrungen mit Gemeinschafts- bzw. Gesamtschulen das Problem nicht behebe. Nach seiner Auffassung hat eine gemeinsame Schule für alle, die das Gymnasium ersetzt, keine realpolitische Chance. Seine Option ist unter anderem, Abkehr von den Schulformen hin zur Ausgestaltung differenzierter Schulstufen.

Forum 3: Recht auf Ausbildung. Perspektiven des Dualen Systems war Thema des dritten Forums, in dem Prof. Dr. Martin Baethge, Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen, die Ergebnisse der von ihm miterarbeiteten Studie „Berufsbildung im Umbruch – Signale eines überfälligen Aufbruchs“ vorstellte. Das Gutachten betrachtet – so die Verfasser – die Entwicklung des deutschen Berufsbildungssystems konsequent unter bildungspolitischen, nicht allein – wie es der Tradition der Berufsbildungsberichterstattung entspricht – unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten. Thomas Ressel, IG Metall-Vorstand, Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik, referierte zum Thema Modularisierung und den Vorstellungen von Politik, Arbeitgebern und Gutachtern und zur Position der Gewerkschaften dazu. Er stellte die im Innovationskreis geschlossene Vereinbarung: „Ausbildungsbausteine und die Position der IG Metall zu Kernberufen“ vor.

Resümee: Im Anschluss an die Foren wurden in dem von Heike Stark moderierten Resümee Schwerpunkte aus den Foren vorgestellt, die Ergebnisse zusammengefasst und im Gespräch mit der Referentin und den Referenten für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Überblick über die Thesen, die Diskussion und die Ergebnisse gegeben.

Die Bildungskonferenz wird dokumentiert und Anfang 2008 erscheinen.

HELGA PAPERDICK-APEL  
Abteilungsleiterin DGB Bezirk  
Niedersachsen – Bremen –  
Sachsen-Anhalt